



135/2010

Kiel, 20. August 2010

Bürgerbeauftragte zur „Bildungs-Chipkarte“: Frau von der Leyen muss erst ihre Hausaufgaben erledigen

Kiel (SHL) - Die Bürgerbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein, Birgit Wille, hat die von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen geplante Bildungs-Chipkarte kritisiert. „Bevor festgelegt werden kann, in welcher Form die Hartz IV-Leistungen für Bildung zu erbringen sind, muss das Ministerium erst einmal seine Hausaufgaben erledigen“, sagte die die Bürgerbeauftragte heute (Freitag 20. August) anlässlich der Beratungen von Ursula von der Leyen mit den Arbeits-, Sozial- und Kultusministern der Länder sowie den kommunalen Spitzenverbänden.

Es müsse zunächst festgelegt werden, wie der Bedarf für Kinder und Jugendliche transparent und sachgerecht zu ermitteln sei und welchen Umfang er haben müsse, um den notwendigen Lebensunterhalt zu sichern. Erst wenn diese Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts erfüllt sei, so Birgit Wille weiter, sei es angebracht, über die Umsetzung zu entscheiden.

„Wie kann das Ministerium schon jetzt von einem rechnerischen Bedarf von durchschnittlich 20 Euro pro Kind und Monat ausgehen, wenn die Daten abschließend vermutlich erst im Herbst vorliegen? Wie werden Fahrtkosten zur Schule und Kinderbetreuungskosten, die zumindest in Schleswig-Holstein teilweise auch von Hartz IV-Beziehern aufgebracht werden müssen, berücksichtigt? Welchen Anspruch haben Familien mit geringen Einkünften oberhalb der Hartz IV-Bedarfsgrenze?“, fragte Wille.

Das jetzige Vorgehen der Bundesregierung sei nicht sach- und fachgerecht. Birgit Wille: „Erst müssen die Zahlen und Fakten auf den Tisch, dann kann über weitere Maßnahmen diskutiert werden.“